

Gemeinsamer Antrag

Sitzung des Stadtrates am 1. Februar 2023

Änderungsantrag zum Antrag „Barrierefreiheit in den Ortsverwaltungen (ÖDP)“

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter engmaschiger Einbeziehung des Mainzer Beirates für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Behindertenbeauftragten der Stadt Mainz eine Bedarfserhebung bezüglich Maßnahmen zur Herstellung von umfassender Barrierefreiheit in den Ortsverwaltungen in Auftrag zu geben.*
- 2. Die Verwaltung wird außerdem gebeten, unter aktiver Beteiligung des Mainzer Beirates für die Belange der Menschen mit Behinderung und auch unter Einbeziehungen bereits existierender Erhebungen, zu prüfen, ob eine Prioritätenliste der notwendigen einzelnen Maßnahmen das geeignete Verfahren ist.*
- 3. Die Verwaltung wird des Weiteren gebeten die Rahmenbedingungen für die Umsetzung zu erheben und einen konkreten Zeitplan zu erstellen. Dieser soll städtischen Gremien und den Ortsbeiräten vorgelegt werden.*

Begründung:

Nichts über uns ohne uns! Dieser Leitspruch aus der Internationalen Behindertenbewegung muss die Richtschnur in allen Belangen sein, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Deshalb sollen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Mainzer Ortsverwaltungen unter Einbeziehung der Expertise und der vielfältigen Perspektiven der Selbstvertretung der Menschen mit Behinderung im entsprechenden Beirat durchgeführt werden.

Eine Prioritätenliste darf nicht dazu führen, dass die verschiedenen Bedarfe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen gegeneinandergestellt und gewichtet werden. Deshalb sollte auch dieser Punkt im Mainzer Behindertenbeirat diskutiert werden und ein Vorgehen dort entwickelt werden. Der vorliegende Antrag von der ÖDP greift nur selektive Aspekte der Barrierefreiheit heraus, lässt aber andere außer Acht, wie zum Beispiel Bedarfe von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen oder Menschen mit Lernschwierigkeiten oder anderen unsichtbaren Behinderungen.

Uns geht Qualität vor Schnelligkeit. Eine genaue Festlegung zeitlicher Natur kann zu Ungunsten des Beteiligungsprozesses oder des Ergebnisses gehen.

Sylvia Köbler-Gross

*Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat*

Jana Schmöller

*Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion*

David Dietz

*Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion*